

# ISOR aktuell

Informationsblatt der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nummer 10/94 \* Infopreis 0,00 DM: \* Gegen Spenden kein Einspruch \* Oktober 1994

## Will der Bundesrat Rentengerechtigkeit?

Es hat gedauert, bis sich in der Politik mehr und mehr die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß das RÜ/AAÜG eine Vermengung von Rentenrecht und Strafrecht darstellt. Nachdem die PDS diese Einsicht bekanntlich längst im Bundestag eingefordert hat, werden auch Vertreter anderer Parteien allmählich wach.

Auf Antrag der fünf neuen Bundesländer und Berlins beriet am 14. Oktober der Bundesrat eine Entschließung zur Korrektur des RÜG/RÜErgG. Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfang das Rentenstrafrecht tatsächlich beseitigt wird. Aber allein die Tatsache, daß diese Initiative zustande kam, ist auch Ergebnis des unermüdligen Widerstands der Betroffenen, darunter in nicht unerheblichem Maße von ISOR e. V. Begünstigend wirkte, daß alle Parteien damit Punkte für die Wahlen sammeln wollten.

Für unseren weiteren Kampf um Rentengerechtigkeit sollten wir uns erinnern, wie ISOR e. V. Politiker zum Nachdenken bringen konnte. Auch aufgrund von Aktivitäten vieler TIG und des ISOR-Vorstandes beschlossen die Länderparlamente der neuen Bundesländer und das Abgeordnetenhaus von Berlin einen Initiativantrag zur Änderung des Rentenrechts gem. Artikel 44 des Einigungsvertrages. In Schreiben an die Abgeordneten dieser Parlamente und des Abgeordnetenhauses von Berlin sowie an die Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer und den Regierenden Bür-

germeister stellte ISOR die Lage der Betroffenen der Sonderversorgungssysteme dar und forderte die Auslösung der Gesetzesinitiative.

Alle Fraktionen des Bundestages wurden aufgefordert, dem Entwurf des RÜG-Korrekturgesetzes der Bundestagsgruppe PDS/LL ihre Unterstützung zu geben. Dieser im Bundestag eingebrachte Gesetzesentwurf hat die Bereitschaft zur Gesetzesänderung in Gang gebracht, obwohl diese auf die nächste Legislaturperiode verschoben wurde.

An allen Aktionen zur Veränderung des RÜG/AAÜG, die von anderen Verbänden und Vereinen, von der GBM, dem Ostdeutschen Kuratorium etc. veranstaltet wurden, beteiligte sich ISOR e. V.

Gegenwärtig werden viertausend Mandanten in siebentausend Verfahren, unterstützt durch ISOR, anwaltlich vertreten. Dadurch sind alle Sozialgerichte in erheblichem Maße mit dem Widerstand der Betroffenen konfrontiert. Keine andere Rentnerinitiative wirkt so zahlreich und konzentriert auf diesem Gebiet. Auf der Grundlage massenhafter Verfahren in der ersten und zweiten Instanz kamen bedeutsame Verfahren beim Bundessozialgericht in Kassel bis hin zu Vorlagen und einer ersten Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht zustande. Dieses konsequente Einfordern von Rentengerechtigkeit blieb nicht ohne Einfluß auf die

Politik und wird auf deren Entscheidungen zum Rentenrecht wirken.

Wir kennen noch nicht die neuen gesetzlichen Regelungen, die der Bundestag nach den Vorschlägen des Bundesrates treffen wird. Bis jetzt bekannte Vorstellungen weisen darauf hin, daß einschränkende Rentenkürzungen, außer für die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS, aufgehoben werden. Damit könnte ein Teilziel von ISOR erreicht sein. Wir dürfen jedoch nicht übersehen, daß damit auch unsere Solidarität gebrochen werden soll. Das dürfen wir nicht zulassen. Das Gebot unserer Solidargemeinschaft verpflichtet uns, mit der ungebrochenen Kraft von ISOR e. V. auch weiterhin um die Abschaffung des Rentenstrafrechts ausnahmslos für alle ehemaligen Angehörigen der Sonderversorgungssysteme, also auch für die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS, gemeinsam zu kämpfen. Unser bisheriges einheitliches Auftreten aller für alle hat uns bis hierher gebracht. Laßt uns weiter so zusammenstehen. Die Solidarität ist jetzt mehr denn je gefordert. In diese Solidarität schließen wir auch die uns betreuenden Rechtsanwälte im Sinne des Aufrufes von Vorstand und Beirat vom 05.03.94 ein.

In diesem Sinne, so hoffen wir, wird die Vertreterversammlung über Vorschläge zur Herstellung von Rentengerechtigkeit beschließen.

Der Vorstand

## . . . und was sagt Herr Blüm dazu?

Lt. Berliner Zeitung vom 5. Oktober will Minister Blüm (CDU) "an der Kappung von Ansprüchen aus den früheren Zusatz- und Sonderversorgungssystemen festhalten.

In einem Ministerialpapier verteidigt Blüm die gesetzlich festgeschriebene Typisierung der "Staats- und System-

nahe" zu DDR-Zeiten, nach denen die Bezüge für ehemals Zusatz- und Sonderversorgte Personen begrenzt werden. Die Typisierung sei "notwendig" und "unumgänglich".

Die Kappingsregelungen betreffen ehemalige Mitarbeiter im DDR-Staatsapparat, in gesellschaftlichen Organi-

sationen und Parteien, Angehörige der NVA, Volkspolizei, Zoll und Stasi, Betriebsdirektoren, Kaderleiter und Parteisekretäre sowie mehrere Berufsgruppen wie Lehrer, Wissenschaftler, Ärzte, Apotheker, Künstler. Ihre früher erworbenen Ansprüche werden je nach Versorgungssystem und früherem Einkommen gekürzt."

## Beratung zur Öffentlichkeitsarbeit

Wie angekündigt, setzen wir die Berichterstattung über die Beratung zur Öffentlichkeitsarbeit fort, heute über die Diskussionen. Vorweg: Sie war ernst, sachlich und konstruktiv. Die Redner berichteten über ihre vielfältigen Erfahrungen im politischen und juristischen Kampf um die Durchsetzung der Ziele von ISOR. Beeindruckt hat die Vielfalt der Aktivitäten, mit denen unsere TIG um Bündnispartner und gesellschaftliche Akzeptanz ringen und welche Ergebnisse erzielt wurden. Schwerpunkte der Diskussion waren die Mitgliederwerbung, der Kontakt zu anderen Rentnerorganisationen und den politischen Parteien sowie die Bemühungen, in der örtlichen Presse wirksam zu werden.

Natürlich stand die Frage der Mitgliederwerbung im Vordergrund, die, wie Dr. Dietrich Richter aus Stralsund anführte, wesentlich davon abhängt, wie es gelingt, ISOR in der Öffentlichkeit darzustellen. Auch Walter Menz aus Gotha unterstrich die Notwendigkeit der Werbung jüngerer Mitglieder, insbesondere derer, die glauben, bis zum Eintritt in die Rente sei noch Zeit. Dr. Richter forderte dazu auf, mehr ehemalige NVA- und VP-Angehörige darüber zu informieren, daß auch sie vom Rentenstrafrecht betroffen sind.

Fast alle Redner konnten über positive Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit anderen Rentnerorganisationen berichten. An vielen Orten gibt es heute Runde Tische der Senioren, bei denen die örtlichen Organisationen von ISOR aktiv mitarbeiten. Darüber sprachen Charlotte Staudte aus Dresden, Dr. Franz Lemmens aus Leipzig, Werner Feigel aus Chemnitz und Prof. Dr. Helmut Eck aus Potsdam. Aus mehreren TIG wurde berichtet, daß sich die Zusammenarbeit mit dem DBwV zusehends verbessert hat, so u. a. aus Erfurt, Schwerin, Wolgast und Löbau. Manfred Holfert aus Löbau informierte über gemeinsame Sprechstunden von ISOR, BRH und DBwV für alle vom Rentenstrafrecht Betroffenen.

Selbstverständlich spielten in der Diskussion gerade auch angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen die Verbindungen zu den politischen Parteien eine Rolle. Manche TIG - leider noch zu wenig - hat den Wahlkampf genutzt, um die Kandidaten

und Parteien ihres Territoriums direkt anzusprechen. Wir schrieben bereits über den offenen Brief der TIG Stralsund, Rügen und Grimmen an die Bundestagskandidaten ihres Wahlkreises. (Über deren Antworten berichten wir an anderer Stelle.)

Über ähnliche Aktivitäten sprachen auch Prof. Eck, Walter Menz und Manfred Holfert. Bisher nur vereinzelt nahmen Politiker der Parteien (außer PDS) an Beratungen mit uns teil. Es gab ein Gespräch von Dr. Richter mit Frau Ministerin Dr. Angela Merkel, die nach bewährter Weise zwischen MfS und anderen Schutz- und Sicherheitsorganen zu differenzieren suchte.

### Zitat des Monats:

*"Das ist doch ein Skandal! Sie vereinbaren mit der DDR einen Vertrag; Sie gehen dabei bestimmte Verpflichtungen zugunsten von Rentnerinnen und Rentnern aus der DDR ein, machen hinterher ein anderes Gesetz, ändern nicht einmal den Einigungsvertrag und sagen: Na und, das ist jetzt eben das speziellere Recht; damit gilt dieses speziellere Recht und nicht mehr der Einigungsvertrag. Das nenne ich einen Betrug!"*

Gregor Gysl

vor dem Deutschen Bundestag

Siegfried Felgner aus Schwerin berichtete, daß der SPD-Abgeordnete Hacker an der nächsten ISOR-Versammlung teilnehmen wird. Prof. Eck schlug vor, die internationalen Aktivitäten gegen das Rentenunrecht zu verstärken. Er teilte mit, daß Potsdam einen Brief an die Menschenrechtskommission des Europäischen Parlaments richten werde und rief die anderen Regionen auf, dieser Initiative zu folgen. Er informierte auch darüber, daß einmal monatlich in Potsdam Montagsdemonstrationen gegen das Rentenunrecht veranstaltet werden. Sehr unterschiedlich wurden die Möglichkeiten beurteilt, die Arbeit von ISOR in der Presse zu popularisieren. Viele Zeitungen, so die "Märkische Allgemeine", lehnen es ab, über ISOR zu berichten. Aber zugleich gelingt es auch, in den großen Regionalzeitungen Interviews zum Rentenstrafrecht zu initiieren, so in der "Sächsischen Zeitung", wie Charlotte Staudte berichtete. Gute verallgemeinerungswürdige Erfahrungen wurden örtlich mit der Anzeigenpresse gemacht, so mit dem "Vorpommern-

blitz". Ähnliches gilt auch für den "Leipziger Stadtanzeiger", in dem ISOR e. V. vorgestellt wurde. Es wurde darauf hingewiesen, daß es gilt, die Arbeit mit der Presse zu verstärken. Nachdem es fehlgeschlagen ist, uns zu diffamieren und zu verleumden, versucht man, uns totzuschweigen.

Eine besondere Note brachte Dr. Lemmens in die Diskussion. Außer seinem Bericht über Erfahrungen, die die Leipziger TIG gesammelt hat, ging er auf einige medizinische Aspekte ein, die es zu beachten gelte. Insbesondere machte er auf die Notwendigkeit einer psychosozialen Betreuung aufmerksam, um psychische Stabilität bei den Betroffenen und ihre Widerstandsfähigkeit gegen Diffamierung und Verleumdung zu sichern.

Prof. Edelmann nutzte die Gelegenheit, um einen Überblick über den Inhalt des Gesprächs mit Dr. Worms zu geben und zugleich die großen Aufgaben darzustellen, die in diesem Zusammenhang auf ISOR zukommen. Es geht darum, einen Vorschlag für unsere Renten zu erarbeiten, der den Vorgaben des Einigungsvertrages entspricht und zugleich einer harten und kontroversen politischen Auseinandersetzung standhält. Grundlage eines solchen Vorschlages sind die vorliegenden Entgeltbescheide, die statistisch aufbereitet werden, um Daten zu gewinnen, die eine Gegenüberstellung mit Einkommensstrukturen vergleichbarer Bereiche außerhalb der Sonderversorgungssysteme zu ermöglichen. Örtliche TIG sind bereits in die Mitarbeit einbezogen.

Ein emotionaler Höhepunkt der Diskussion war der Beitrag von Prof. Dr. Karlheinz Kelch, des früheren Leiters des Medizinischen Dienstes des Mdl. In eigener Sache wurde von Helnz Sproete ein Diskussionsbeitrag der Redaktion von ISOR aktuell vorgetragen. (Diese Beiträge werden in Nr. 11/94 veröffentlicht.)

## Nicht vergessen die Solidarität

### Konferenz der Berliner TIG-Vorstände

Eine mitreißende Folge internationaler Friedens- und Freiheitslieder, dargeboten vom Seniorenchor "Ernst Busch",

bildete den stimmungsvollen Auftakt der ersten gemeinsamen Arbeitsberatung aller Berliner TIG-Vorstände am 20.9.94 im Theater am Park (TaP) in Berlin-Biesdorf. Beiratsmitglied

Gerhard Gudopp konnte dazu 330 Mitglieder der TIG-Vorstände, ihrer Arbeitsgruppen Recht und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Kassierer begrüßen.

Aufmerksamkeit und Zustimmung fand das einleitende Referat des Leiters der Arbeitsgruppe Recht, Prof. Dr. Willi Hellmann, in dem er das Fazit des von ISOR bisher Erreichten zog und die weiteren Aufgaben umriß. Er hob u. a. die von über 3600 Klägern angestregten rd. 7000 Verfahren vor den 1. und 2. Instanzen hervor, von denen einige zu Richtervorlagen vor dem Bundesverfassungsgericht führten. "ISOR unterstützte in diesen Prozessen tausende Kläger, die bis-

lang nicht ihr Recht auf angemessene gerechte Renten erhielten - jetzt ist das Verfassungsgericht an der Reihe, zu urteilen!"

Prof. Hellmann informierte über das Gespräch mit Staatssekretär Dr. Worms (siehe ISOR aktuell Ausgabe September 1994) und erläuterte das weitere Vorgehen unseres Vereins. Einhellige Zustimmung fand die Absicht, nach gründlicher Vorbereitung - zu der die Berliner TIG kräftig beitragen - über die Vorschläge vom Vorstand/Beirat in einer außerordentlichen Vertreterversammlung zu beraten und abzustimmen. Die lebhaft Diskussions, die stellenweise im Frage-Antwort-Stil praktische Fragen der Rechtssituation bei Alters- und Erwerbsunfähigkeitsrenten sowie der Krankenversicherung erläuterte und dem Erfahrungsaustausch diente, war vom Geist solidarischen Handelns

bestimmt. So verwiesen mehrere Redner auf die Wahlkampfaussagen verschiedener Bundestagsabgeordneter, daß Korrekturen am ungerechten Rentensystem erforderlich seien. Mit Entschiedenheit wurden allerdings Versuche, wie sie z. B. in Äußerungen der CDU-Politikerin Angela Merkel deutlich wurden, dabei die MfS/AfNS-Mitarbeiter auszugrenzen, zurückgewiesen. Solidarische Hilfe und Zusammenstehen seien auch - hierzu wurden praktische Beispiele und Vorschläge an den Vorstand unterbreitet - das Gebot der Stunde bei der raschen Unterstützung der ältesten und sich gesundheitlich oder sozial in Notlage befindlichen ISOR-Mitgliedern, egal ob diese ihren Dienst bei der Polizei, der Armee, dem MfS oder beim Zoll leisteten.

M. K.

## Diepgen will Rentenrecht ändern

Die Berliner Zeitung berichtete in ihrer Wochenendausgabe 17/18.9.94, daß der Regierende Bürgermeister Berlins in Schreiben an die Minister Blüm und Rüge dies zum Ausdruck gebracht habe. In einem weiteren Schreiben an den DBwV Berlin-Treptow kam er zu der Erkenntnis, daß die Grundüberlegung des RÜG, daß Personen, die im SED-Regime ungerechtfertigte Vorteile ... genossen hätten, nicht auch noch durch überdurchschnittliche Renten belohnt werden sollten, durch pauschale Rentenkürzungen bei bestimmten Berufsgruppen ... nicht erreicht wurde. Vielmehr sei eine Situation entstanden, in der Rentenrecht als Ersatz für Strafrecht dient und der Grundsatz vernachlässigt, daß jede Strafe den Nachweis einer individuellen Schuld voraussetzt. Die ISOR-Vorsitzende Astrid Karger hat dar-

aufhin der Berliner Zeitung einen Leserbrief mit folgendem Wortlaut übersandt:

Aus Ihrer Zeitung vom 17/18.9.1994 war zu erfahren, daß der Regierende Bürgermeister, Herr Diepgen, die Ansicht vertritt, daß das Rentenüberleitungsgesetz geändert werden muß. Seit langem vertreten viele Menschen, vor allem aus den neuen Bundesländern, die Auffassung, daß "Rentenrecht nicht als Ersatz für Strafrecht" dienen kann. Sie setzen sich mit rechtlichen und politischen Mitteln für eine Änderung des Rentenüberleitungsgesetzes ein. Ich unterstütze die jetzt geäußerte Auffassung des Herrn Diepgen, und verleihe meiner Hoffnung Ausdruck, daß er nicht nur die ehemaligen NVA-Angehörigen, sondern ebenso die Angehörigen der

anderen ehemaligen Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR gemeint hat. Die Wiederherstellung des sozialen Friedens in Deutschland verlangt die Gleichbehandlung aller von den Bestimmungen des Rentenüberleitungsgesetzes betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

Die Angehörigen aller Sonderversorgungssysteme, nicht nur die Angehörigen der NVA, haben immer die höchsten Beiträge zur Rentenversicherung der DDR gezahlt. Sie erheben mindestens Anspruch auf eine Rente, die Lohn für Lebensarbeitsleistung wie für Rentner ist, die in der Volkswirtschaft vergleichbare Leistungen erbracht haben.

(Bis Redaktionsschluß war dieser Brief noch nicht veröffentlicht)

### **Wir leben in einem wunderbaren Land,**

*es garantiert die in der Verfassung niedergelegten Grundrechte nicht nur für die meisten Menschen in diesem unseren Land (IDULA) sondern auch für unsere besten Freunde, die Hunde. Nach einem Bericht der "Berliner Zeitung" mußte das auch der Berliner Senat erfahren, der sich bisher vergeblich bemühte, eine Kampfhundeverordnung zustandezubringen, nachdem sich Angriffe von Pitbulls auf Menschen zu häufen begannen.*

*Dabei stieß er auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Mannheim, das die baden-württembergische Kampfhundeverordnung als verfassungswidrig erklärt hat, weil Pitbulls gegenüber Rottweilern und Dobermännern ausgegrenzt würden. Das wurde als Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz (Artikel 3 GG) gewertet.*

*Ein Schelm, der Arges dabei denkt, vielleicht, ob es in diesem Lande zuerst um die Hunde und viel später erst um die Menschen geht.*

H. Sp.

### **Presseecho**

In der "Sächsischen Zeitung" vom 26.7.94 wird über die Befindlichkeiten einer 73-jährigen Rentnerin berichtet, die als Reinigungskraft, später als

Küchenhilfe in der Dresdener Bezirksverwaltung des MfS gearbeitet hat. "Wenn ich ein Verbrechen begangen habe, soll man mich vor Gericht stellen und verurteilen", sagt sie. Und "würde man mir das auch dann vorwerfen, wenn ich beim BND in der

Küche gestanden hätte?" Weiter heißt es in dem Artikel: Die Frau hat sich an ISOR gewandt. Diese Organisation verstehe sich nicht als politische Organisation, sondern will nur eines: Die Beseitigung des Rentenstrafrechts

und der pauschalen sozialen Diskriminierung.

Unter der Überschrift "Rentenmisere Ost" beginnt die Zeitschrift des DBwV "DIE BUNDESWEHR" in ihrer Ausgabe 8/94 mit der Berichterstattung über ein Rechtsseminar, das am 4. und 5. Juli 1994 in Berlin-Bogensee zum Sozialrecht durchgeführt wurde.

## TIG in Kürze

Wie bereits in ISOR aktuell (Nr.9/94) hingewiesen, hat die TIG Stralsund in einem offenen Brief an die Direktkandidaten für den Deutschen Bundestag diese aufgefordert, öffentlich ihre Meinung zu den anstehenden Fragen der Beseitigung des Rentenstrafrechts zu äußern. Darauf hat - ebenfalls in einem offenen Brief - die für die CDU kandidierende Bundesministerin, Frau Dr. Angela Merkel, geantwortet. Einleitend betonte sie, ihre Haltung zum Rentenrecht sei einfach: "Rentenrecht ist kein Strafrecht. Renten müssen deshalb leistungsbezogen und zugleich gerecht sein." Diese begrüßenswerte Position schränkte Frau Dr. Merkel am Ende des Briefes allerdings ein, indem sie schrieb, daß sie dafür eintrete, "den im Gesetz enthaltenen Katalog von Personengruppen, die staatsnahe

## VON ABM BIS ZUKUNFTSFROH



### DAS GROSSE KARIKATUREN-WÖRTERBUCH DER NACHWENDE

Dieser von der GBM herausgegebene Karikaturenband kann über die TIG-Vorstände bei der ISOR-Geschäftsstelle zum Vorzugspreis von 29,80 DM zuzügl. anteiliger Versandkosten bezogen werden. Sofort lieferbar!

Funktionen ausgeübt haben und denen deswegen ihre Ansprüche an die Rentenversicherung gekürzt werden, auf Mitarbeiter der Staatssicherheit zu beschränken." In diesem Sinne wolle sie auch im nächsten Bundestag an der politischen Diskussion mitwirken. Auch auf einer Veranstaltung des BRH-Ortsverbandes Stralsund bekräftigte Frau Merkel diesen Standpunkt.

Die genannte BRH-Veranstaltung nutzte Dr. Richter, um in konzentrierter Form die wesentlichen Aussagen der westdeutschen Rechtsexperten Prof. Azzola und Prof. Merten, sowie der EU-Menschenrechtskommission zur Grundgesetzwidrigkeit der vom Bundestag beschlossenen Rentenkürzungen wegen "Staatsnähe" zu erläutern.

Ergänzend dazu erreichte uns noch folgende Zuschrift von Dr. Richter: Am 22.09.94 fand eine gemeinsame Versammlung von ISOR, DBwV und BRH in Grimmen statt. Erschienen waren die Bundestagsabgeordneten der SPD Kuessner und Jungmann sowie der SPD-Landtagsabgeordnete Frohriep. Seitens des DBwV war Dr. Wohler anwesend. Die Versammlung verkörperte Einmütigkeit im Auftreten gegen das Rentenunrecht. Beide Bundestagsabgeordneten vertraten auf Anfrage den Standpunkt, daß die Beseitigung des Rentenunrechts ohne Einschränkung für alle gelte, auch für ehemaligen MfS-Angehörige.

In einem Schreiben an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages verweisen 30 Mitglieder der TIG Anhalt-Zerbst auf ihre früheren Tätigkeiten als Angehörige der ehemaligen Volkspolizei, die nach ihrer Meinung sicherlich nicht zu verurteilen seien. Trotzdem würden sie durch Bescheidung ihrer Versorgungsansprüche pauschal bestraft.

Auch von Mitgliedern anderer TIG, wie u. a. aus Weißenfels und Burgkennitz, wurden Petitionen an den Petitionsausschuß gesandt, die jeweils mit gleichlautenden Zwischenbescheiden beantwortet wurden.

In Kühlungsborn wurde eine neue TIG gebildet, der sich bisher 15 Freunde anschlossen.

In einem persönlichen Schreiben wandte sich ein ehemaliger VP-Angehöriger aus Zeitz an den Bundeskanzler. Er bewies anhand seiner eigenen Biografie die Absurdität des strafrechtlichen Inhalts des RÜG.

Auf ein Schreiben eines ISOR-Mitgliedes aus Weißwasser an den Bundeskanzler erhielt dieser kürzlich eine Antwort aus dem Bundeskanzleramt, mit der die gegenwärtigen Regelungen für verfassungskonform erklärt wurden. Der letzte Satz des Antwortschreibens lautete bezeichnenderweise: "Eine Änderung kann ich Ihnen nicht in Aussicht stellen."

Durch die öffentliche Presse mehrmals angekündigt, hatten die Schweriner und die eingeladenen TIG aus den Kreisen nach den drei Fraktionsvorsitzenden der Parteien im Landtag vom Mecklenburg-Vorpommern am 27.09.94 nun das Mitglied des Deutschen Bundestages der SPD, Herrn Hans-Joachim Hacker in einer sehr gut besuchten, emotionsgeladenen aber jederzeit sachlichen, öffentlichen Veranstaltung zu Gast. Dieser erklärte eindeutig, gegen das gegenwärtige RÜG/EG wegen der darin befindlichen strafrechtsähnlichen Teile zu sein, geriet aber zunehmend in Erklärungsschwierigkeiten.

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Karl-Heinz Herbrich, Berlin,  
Liesa Weimeister, Berlin,  
Werner Kießling, Apolda,  
Peter Lemke, Salzwedel,  
Heinz Penndorf, Berlin,  
Helmut Parageigis, Halle-Neustadt,  
Rudolf Lubitz, Rostock.

Ehre ihrem Andenken.

### HERAUSGEBER:

Vorstand der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

Bankverbindung:  
Berliner Sparkasse  
Konto-Nr.: 171 302 0056  
Bankleitzahl: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin  
Telefon: (030) 58 31 43 16  
Fax: (030) 58 31 43 16

Postanschrift: ISOR e.V.  
Postfach 0423  
10324 Berlin

Sprechstunden:  
Dienstag 10 bis 12 Uhr  
Mittwoch 9 bis 13 Uhr  
Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.